

Bürgerbeteiligung in Kommunen stärken

Thüringer Bündnis für mehr direkte Demokratie wartet mit neuen Vorschlägen auf

„Demokratie ist kein Sofa“, so laute das Motto der Veranstaltung, zu der sich am 23. Juni etwa 100 Mitglieder und Sympathisanten des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ im Erfurter Landtag getroffen hatten. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow, selbst Mitglied von „Mehr Demokratie in Thüringen“, unterstrich in seinem Grußwort, wie wichtig es ist, „die demokratischen Grundrechte der Menschen zu stärken“ und „das Regelwerk für mehr direkte Demokratie zu schärfen“. Die Demokratie sei „keine Schönwetter-Veranstaltung“.

Seit dem Jahr 2009 sind Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Thüringen leichter möglich – die direkte Demokratie ist auch auf Landkreisebene angekommen. Eine große und wichtige Reform, die seinerzeit von 235.530 Thüringerinnen und Thüringern angestoßen und dann vom Landtag verabschiedet wurde.

Nun ist es Zeit, Bilanz zu ziehen und Korrekturen beziehungsweise Anpassungen an der Reform von damals vorzunehmen. Bei der Veranstaltung, der nunmehr schon fünften ihrer Art gemeinsam mit dem Bündnis, wurde erstmals

über die Vorlage für einen Gesetzentwurf diskutiert, die Vertreter von LINKE, SPD und GRÜNEN zusammen mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ unter Leitung von Ralf-Uwe Beck erarbeitet haben.

Ziel ist es, insbesondere die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene durch die Möglichkeit von Bürgerbegehren auch in Ortsteilen und Ortschaften zu erweitern. Auch die Beteiligung einer Gemeinde an einem Unternehmen soll für Bürgerbegehren zugänglich sein. Gemeinderäte sollen in

Zukunft bei einem Bürgerentscheid alternative Vorlagen mit zur Abstimmung stellen und selbst Bürgerentscheide angehen können. Vorausgegangen sind dem in Arbeit befindlichen Gesetzentwurf intensive Gespräche mit Verbänden und Initiativen, die dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ angehören.

Die mit großer Diskussionsfreude und sehr engagiert geführten Beratungen am 23. Juni haben weitere Impulse und Anhaltspunkte für die Fertigstellung des Gesetzentwurfs gegeben. Besonders intensiv wurde über den Vor-

von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Zudem sollen Gemeinderäte bei Bürgerbegehren eine Alternativvorlage mit zur Abstimmung stellen können, dies verhindere Frontenbildung und fördere die Diskussion um die beste Lösung. Dazu gehört ebenfalls die Einführung einer Fairnessklausel, damit z.B. im „Abstimmungskampf“ gleiche Bedingungen für Gemeinde und Bürgerbegehrensinitiative bestehen. Auf jeden Fall gefördert wird der Dialog zwischen Bürgerschaft, Gemeindevertretung und -verwaltung.

Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzen-



schlag diskutiert, dass über ein Bürgerbegehren auch die Abwahl eines Bürgermeisters beantragt werden könnte, allerdings mit einem sehr hohen Quorum von 25 Prozent anstatt der üblichen sieben Prozent.

Das Vorhaben, wonach Gemeinderäte mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit selbst ein Bürgerbegehren ansetzen können, „gibt es bereits fast überall in Deutschland, nur in zwei Bundesländern nicht – und Thüringen gehört dazu“, sagte Ralf-Uwe Beck. Dabei werde vor allem auch vor Gemeindefusionen

de der Fraktion DIE LINKE, hatte unterstrichen: „Demokratie ist keine Nebensache, sondern die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Jeder und jede ist aufgefordert, Demokratie zu leben. Wir wollen das wesentlich erleichtern und deshalb die gesetzlichen Bedingungen der kommunalen Demokratie überarbeiten.“

Ausführliche Berichte zur Veranstaltung in einer der nächsten Ausgaben des Parlamentsreports.

A. Rudolph

Foto: Peter Lahn

VON A BIS Z:

Stadtwerke

Angesichts der Forderung von Stadtwerken und kommunalen Energieversorgern an die Landesregierung, sich in der bundespolitischen Energiedebatte stärker für die Interessen Thüringens einzusetzen, machte Steffen Harzer, Energiepolitiker der Linksfraktion, auf die Arbeit an einer gemeinsamen Initiative der Koalitionsfraktionen für die nächste Landtagssitzung aufmerksam. Koalition und Landesregierung seien sich einig, die Rolle der Stadtwerke und der kommunalen Regionalversorger als Akteure der Energiewende zu stärken.

Man wolle die gemeinsamen Standpunkte der Fachpolitiker der Regierungskoalition darstellen und sich explizit für eine Stärkung der kommunalen Regionalversorger und Stadtwerke aussprechen. Bereits im Koalitionsvertrag werde betont, die kommunalen Energieversorger zu stärken, sie als Partner bei der Energiewende zu betrachten. Der aktuelle Vorstoß der Stadtwerke zielt auf die anstehende Novelle der sogenannten Anreizregulierung im Strommarkt. Gerade im Bereich der Anreizregulierung habe es in den letzten Wochen eine enge Zusammenarbeit mit der TEAG gegeben, in deren Ergebnis die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Anfrage an die Bundesregierung eingebracht habe, in der es explizit um die Frage der Benachteiligung kleiner Stadtwerke gehe. Man orientiere sich nicht nur auf einen Bericht der Landesregierung im Landtag, sondern auch auf eine Bundesratsinitiative zur Anreizregulierungsverordnung.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Sitzungen des Thüringer Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 8. bis 10. Juli statt.

Nach der Sommerpause sind bis zum Jahresende noch folgende Plenarsitzungstermine, jeweils mittwochs 14 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt: 9. bis 11. September, 31. September bis 2. Oktober, 4. bis 6. November, 25. bis 27. November sowie 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Bauernproteste

Die Agrarpolitikerin der Linksfraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright, hat die Protestaktion am Rande des Deutschen Bauerntags unterstützt und erklärt: „Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen mit Blick auf das Tierwohl und eine umweltverträgliche Produktion, Umsetzungen in diesen Bereichen kosten auch Geld. Da sind die Preisverfälle für Milch und Fleisch, hervorgerufen durch das Ende der Milchquote und den Ausfuhrstopp nach Russland aufgrund der Sanktionspolitik der EU und der Bundesregierung, existenzbedrohend.“ Die Sanktionen gegenüber Russland seien aufzugeben, im Interesse auch der Thüringer Bauern müssten die Handelsbeziehungen wieder normalisiert werden.

Windenergie

Die CDU Thüringen betreibt derzeit eine gegen den Ausbau der Windenergienutzung gerichtete Kampagne, verunsichert mit Falsch- und Fehlinformation die Menschen und schürt diffuse Ängste. Dabei werden sogar die Fehler der von CDU-Mandatsträgern geführten regionalen Planungsgemeinschaften der rot-rot-grünen Landesregierung angelastet. Bei einem Pressegespräch haben Steffen Harzer, Sprecher für Energie-, Landesentwicklung und Landesplanung, sowie Tilo Kummer, Umweltpolitiker der Linksfraktion, die Bedeutung der Windkraft für den regionalen und dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien und Anforderungen an den Schutz von Menschen und Umwelt verdeutlicht.

Berufsakademie

„Die Studierenden der Berufsakademien in Gera und Eisenach (BA) können sich auf eine Ausbildungsvergütung auch bei der Umwandlung der BA zur Dualen Hochschule verlassen“, so Christian Schaft, nach der Antwort von Minister Wolfgang Tiefensee auf seine Nachfrage. Die Studierenden werden auch zukünftig eine Mindestausbildungsvergütung erhalten. Eine entsprechende Verordnung werde mit den Praxispartnern erarbeitet. Zusätzlich werden die Studierenden Anspruch auf BAFöG-Förderung haben. „Damit wird verhindert, dass mit der Umwandlung der Berufsakademien zur Dualen Hochschule eine Förderlücke zu Lasten der Studierenden entsteht“, so der LINKE-Abgeordnete.